

A N T R A G

Fraktion Freie Wähler

Gegenstand:

Versorgungssicherheit in Dresden

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- dem Stadtrat und den Bürgern der Stadt unverzüglich darzulegen, ob und wie die Energieversorgung in Dresden für den Herbst 2022 und Winter 2022/2023 gesichert ist.
- darzulegen, welche Auswirkungen der von der Bundesregierung ausgerufenen Gasnotstand auf die Landeshauptstadt hat.

Beratungsfolge

Plandatum

<u>Beratungsfolge</u>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	19.09.2022	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	30.08.2022	nicht öffentlich	zur Information
Ausschuss für Finanzen	26.09.2022	nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat	06.10.2022	öffentlich	beschließend

Begründung:

Da die Bundesregierung bereits jetzt die zweite Eskalationsstufe im Notfallplan Gas ausgerufen hat, ist zeitnah zu klären, welche Auswirkungen dies auf Dresden hat: Auf die Dresdner Bürger, auf die Dresdner Wirtschaft, auf Gesundheitseinrichtungen, auf die Verwaltung selbst.

Der Grundversorger in Dresden, die Drewag, erzeugt den Strom fast vollständig aus Gas.

Der Dresdner Wirtschaftsstandort wird dominiert von hoch technisierten Unternehmen, die im Falle einer Gasknappheit oder eines daraus entstehenden Notstandes nicht mehr produzieren könnten.

Es muss jetzt klargestellt werden, wie Unternehmen am Laufen gehalten und wie weitere negative Auswirkungen reduziert werden können. Krankenhäuser, Rettungstellen, Lebensmittelmärkte etc. – fast alle Bereiche des täglichen Bedarfs wären betroffen. Es ist notwendig, zeitnah darzulegen, wie diese Versorgungsbereiche weiterhin funktionieren und wie die Sicherheit und die Versorgung der Dresdnerinnen und Dresdner gesichert werden kann.

Anlagenverzeichnis: